REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 83 A — BERLIN • Sonnabend, den 9. April 1932 — 1. JAHRGANG

Signal von Kiel.

Gericht bestätigt Hitlers Legalität / Severings Passivität rächt sich.

i **Kiel**, 7. April.

Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" (SP) hatte geschrieben, HITLER bereite den Bürgerkrieg vor und hätte zur Präsidentenwahl Putschanweisungen gegeben. Daraufhin hatte HITLER gegen den Hauptschriftleiter dieser Zeitung, WURBS, eine einstweilige Verfügung beantragt, die diesem unter Androhung einer Geldstrafe von 2000 Mark die Wiederholung seiner Behauptung untersagt.

Das Gericht hat die einstweilige Verfügung gegen WURBS erlassen, mit folgender Begründung: „Die Artikel, in denen dem Antragsteller, HITLER, vorgeworfen wird, daß er den Bürgerkrieg vorbereite und Putschanweisungen in bezug auf die Reichspräsidentenwahl gegeben hatte, stellen sich als eine Beleidigung dar. Es ist zuzugeben, daß namentlich die in den letzten Tagen vorgenommenen polizeilichen Ermittlungen viel Beweismaterial zutage gefördert haben, **das den Verdacht rechtfertige, daß bei wenigen örtlichen Organisationen der NSDAP illegale und revolutionäre Bestrebungen im Gange sind. Es muß aber angenommen werden, daß HITLER diesen Bestrebungen fernstehe.** Er hat dies nicht nur unter seinem Zeugeneid in dem Prozeß gegen die Ulmer Offiziere im Herbst 1930 vor dem Reichsgericht in Abrede gestellt, sondern auch in seiner eidesstattlichen Versicherung vom 4. April 1932. **Das Gericht kann nicht annehmen, daß der Antragsteller seine Eidespflicht verletzt hat. Dafür, daß seine eidesstattliche Versicherung der Wahrheit entspricht, spricht außerdem, daß bisher nichts gegen ihn unternommen wurde;** denn es ist anzunehmen, daß gegen den Antragsteller als den Führer einer großen Partei eingegriffen sein würde, wenn irgendein dringender Verdacht des Hochverrats bestanden hätte. Seine in öffentlicher Rede gemachten Angaben, daß **nichts ohne sein Wissen in der Partei geschehe,** kann nicht gegen ihn gedeutet werden, denn hier handelt es sich **offenbar nur um selbstbewußte Redewendungen."**

•

Ein nationalsozialistisches oder unter dem Druck von NS eingeschüchtertes Gericht — Schleswig-Holstein hatte am 13. März von allen Wahlkreisen prozentual die meisten HITLER-Stimmen — gibt hier dem Reichsgericht das Stichwort: verurteilt, wenn es sein muß, ein paar Unterführer örtlicher NS-Organisationen! Aber HITLER und sein oberer Stab steht diesen Bestrebungen fern! Man kann auch nicht annehmen, daß die vielen NS-Führer, die in diesen Tagen eidesstattliche Ableugnungen der Putschvorbereitungen an GROENER senden, ihre Eidespflicht verletzt haben! Und schließlich: es wird nichts gegen die NS unternommen — ein Beweis, daß nichts Ernsthaftes vorliegt!

So wird bei hinreichendem Druck der NS auf die Oeffentlichkeit das Urteil des Reichsgerichts ausfallen — zu diesem Ergebnis kommt man bei nüchterner Prüfung der Ereignisse der letzten Zeit. **Es sei denn, daß eine bisher noch nicht in Erscheinung tretende Macht auf den Plan tritt, die organisierte Arbeiterschaft.**

Wenn die Arbeiterschaft heute wach wäre, dann würden Ereignisse wie dieses Urteil stürmischen Protest auslösen, der zunächst in disziplinierten Demonstrationen zum Ausdruck kommen könnte. Unter Gewerkschaften, Parteien und anderen Organisationen der Arbeiterschaft sollte an Tagen, an denen solche Aufgaben *schnell* gelöst werden müssen, das Trennende zurücktreten.

Sollte! Jedesmal, wenn wir im „Funken" in ähnlichen Fällen dieses Wort hinschreiben, empfinden wir die quälende Ohnmacht derjenigen, die für die Sache der Einheit heute nichts anderes tun können als *rufen* und vorbereitende Kleinarbeit leisten.

•

Zum Inhalt des Kieler Urteils noch eine Bemerkung:

SEVERINGS Material zeige illegale Bestrebungen nur bei einzelnen lokalen Organisationen — so behauptet das Urteil. Damit übersieht es aber gerade den wesentlichsten Zug des Gesamtmaterials: wer ein wenig von Organisation, insbesondere von militärischer Organisation, versteht, erkennt in den von SEVERING enthüllten Tatsachen **unzweifelhaft das Werk eines verzweigten Stabes militärisch geschulter Organisatoren.** Der Aufbau und die Tätigkeit eines solchen Stabes aber geschieht nicht ohne Wissen der Führer der Partei.

AUS DEM INHALT:

NS verhöhnen das Gericht.
Hitlers Finanzen.
Schadenersatz wegen Streik.
5. Ausschußsitzung des ADGB.
Arbeitslosigkeit sinkt wenig.
Aus der Volksgemeinschaft.

Die proletarische Parole.

Zum 10. April.

M. S. Das Entscheidende in dem Kampf der Arbeiterschaft um ihre Rechte sind nicht die Wahlmanöver, nicht die Enthüllungen und Feststellungen über die Rüstungen des Klassengegners, sondern die *Taten*, vor denen der Faschismus in die Mauselöcher kriecht. Das war der Sinn unserer gestrigen Ausführungen. Wir haben solche Taten genannt, deren eindrucksvollste in diesen Tagen das Verbot der SA durch SEVERING unter dem Druck der Freien Gewerkschaften gewesen wäre.

Die Arbeiterschaft geht in den Wahltag des 10. April hinein ohne die Unterstützung, die die SPD dank ihrer „Machtpositionen" ihr hätte bieten können. **Einen Verbrecher zu entlarven und dann die Akten über diesen Fall in den Geheimfächern der Minister- und Oberreichsanwaltsstuben zu vergraben,** in Wahlreden diesen Fall mit keinem Wort zu erwähnen, das kommt in Wahrheit einer wohlwollenden Ermutigung des Gegners gleich, die dieser sich zu Nutze machen wird. Die Quittung dafür wird dem preußischen Innenminister vielleicht bald präsentiert werden.

Trotzdem wird unserer Ansicht nach der zweite Wahlgang in seinem Ergebnis nicht anders ausfallen als der erste: HINDENBURG wird gewählt werden trotz des Einschwenkens HUGENBERGS und seiner Presse auf die Seite HITLERS.

Was für uns, die wir nach dem Scheitern eines Einheitskandidaten für die Arbeiterschaft für die Kandidatur THÄLMANNS eintreten, an diesem Wahlgang beachtenswert bleibt, ist nur eins:

Wir wollen es verhindern, daß die Interessen des Proletariats in dem Machtkampf gegen den Nationalsozialismus der Koalition HINDENBURG - BRÜNING - GROENER anvertraut werden, von denen nicht ein Einziger weder mit dem Herzen, noch mit dem Verstand, noch mit den Taten bei der Sache des Proletariats steht. Der 10. April ist in den bevorstehenden Kämpfen nur eine Episode; den Landtagswahlen kommt parteipolitisch eine weit höhere Bedeutung zu.

Aber selbst wenn er nur eine Episode ist, so soll dieser Tag dennoch eine Demonstration aller derjenigen sein, die ihr Klasseninteresse nicht durch einen General vertreten lassen wollen, und wenn zehn „Eiserne Fronten" um ihn herumständen.

Das revolutionäre Proletariat befindet sich dank der Politik der SP und der KP in einer Verteidigungsstellung. Zum Angriff überzugehen, ihn vorzubereiten, ist die Aufgabe des ISK, die er, angespornt durch das Versagen der beiden großen Arbeiterparteien, weiterführt.

Im Augenblick aber kommt es darauf an, wenigstens die Verteidigungsstellung zu halten, **die Wahlstimmen des kämpfenden Proletariats nicht zu schwächen,** die Stimme also — trotz aller übrigen Bedenken — THÄLMANN, dem Vertreter einer Arbeiterpartei, zu geben. Es könnte sonst dahin kommen, daß der Abend des 10. April das beschämende Gefühl hinterläßt, daß das Proletariat außer dem verlorenen Ringen um einen Arbeiterpräsidenten auch noch sein Klassenbewußtsein ohne Not geopfert hat. An einem Anschwellen der Zahl der HINDENBURG-Wähler kann uns nichts liegen. Wir haben keinen Anlaß, einem Mann, der die politischen Vorbereitungen der SA, des Todfeindes der Arbeiterschaft, duldet, irgend eine Art von Vertrauensvotum auszustellen. THÄLMANN nicht wählen — hieße aber, wie die Dinge einmal liegen, ein solches Vertrauensvotum abzugeben.

Der Abwehrkampf der ungarischen SP

und die Antwort der Unternehmer.

s **Budapest**, 7. April.

Das Verbot des ungarischen soizaldemokratischen Parteiorganz „Nepszava" haben die Führer der Partei nunmehr mit der Ueberreichung einer Denkschrift beantwortet, die sie der Regierung überreichen wollten.

Die Arbeiter der Budapester Fabriken und sonstigen Betriebe planten aus Anlaß der Ueberreichung der Denkschrift einen halbstündigen Proteststreik, dem aber von den Arbeitgebern mit einer Stillegung aller Betriebe zuvorgekommen wurde.

Graf KAROLYI, der Ministerpräsident, erklärte, daß er die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei nicht empfangen werde, ehe nicht der Streik der Setzer und Drucker beendet sei. Die Partei trat daraufhin zu einer Parteisitzung zusammen.

Die sozialdemokratische Denkschrift wurde den im Landtag anwesenden Journalisten zur Verfügung gestellt. Sie gliedert sich in vier Teile: 1. Die Erhebung von Beschwerden, 2. Aufzählung von Forderungen, 3. Ankündigung des Mißtrauens gegen die Regierung und 4. die Ankündigung des Kampfes. In der Aufzählung der Beschwerden spielt namentlich die Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung seitens der Regierung eine Rolle. Als wichtigstes Mittel zur Abhilfe wird die Schaffung des allgemeinen geheimen Wahlrechts und des Proportionalwahlsystems sowie die Auflösung des Hauses, ferner die Abschaffung der Schnellgerichtsbarkeit und die Abschaffung des Großgrundbesitzes gefordert. Die Denkschrift erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei kein Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung habe, daß sie diese Forderungen verwirklichen werde. Die Partei erklärt deshalb, daß, falls die Regierung nicht den Platz räume oder diese Forderungen nicht verwirkliche, sie genötigt sei, den Kampf anzukündigen, auch wenn er mit Opfern verbunden sein würde.

Die Tageszeitungen sind auch am Donnerstag nicht erschienen; nur das von der Regierung ausgegebene vierseitige Informationsblatt bringt die wichtigsten Nachrichten des Staatsministeriums zur Kenntnis. Das Blatt erklärt in einem Leitartikel, die Regierung habe der Arbeit des verbotenen sozialdemokratischen Organs nicht länger zusehen dürfen, da man aus Erfahrung wisse, daß die Funken der Revolution gleich am Anfang gemeistert werden müßten, um nicht einen allgemeinen Brand hervorzurufen.

Das Straßenbild von Budapest war bis gegen Mittag — einen kleinen Zwischenfall ausgenommen — ruhig. Die großen Betriebe haben geschlossen, um etwaigen Ausschreitungen von Arbeitern vorzubeugen. Gegen Mittag kam es zu Ansammlungen von Arbeitern. Größere Polizeitrupps lösten die Kundgebung auf. Hierbei wurden bisher 300 Verhaftungen vorgenommen.

Krisenkongreß am 13. April.

Der Krisenkongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der ursprünglich am 23. März stattfinden sollte und dann unter Hinweis auf den Osterfrieden verschoben wurde, wird nunmehr Mittwoch, den 13. April, stattfinden.

Delegierte zum Kongreß sind bekanntlich die Delegierten des Frankfurter Gewerkschafts-Kongresses vom vorigen Herbst. Neuwahlen zum Kongreß finden daher nicht statt.

Berichterstatter zum einzigen Punkt der Tagesordnung „Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung" ist der stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Kollege EGGERT.

Der Streik im Brauereigewerbe.

Die Fünftage-Woche bleibt.

b **Berlin**, 8. April.

Die Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei hat die zum 12. April ausgesprochenen Kündigungen ihrer Gesamtbelegschaft zurückgezogen und sich bereit erklärt, nach wie vor die Fünftage-Woche in ihren Betrieben bestehen zu lassen. Da die Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei ein Drittel der gesamten Berliner Brauarbeiterschaft beschäftigt, ist zu erwarten, daß die Fünftage-Woche allen Berliner Brauereien erhalten bleibt.

NS verhöhnen das Gericht.

Hitlers Prozeß gegen die „Münchener Post".

Ende November veröffentlichte die „Münchener Post" (SPD) zwei Artikel, die eine angebliche Mordliste enthielten und den Führern der NS vorwarfen, diese Liste vorbereitet zu haben. HITLER klagte wegen Beleidigung gegen den Schriftleiter GRUBER. Am Dienstag fand der Prozeß in München seinen Abschluß.

Die Verhandlungen ergaben, daß die Liste von einem früheren SA-Mann, dem 22 Jahre alten Laboranten LOEDEL, hergestellt und mit der Unterschrift seines NS-Vorgesetzten, des Grafen DU MOULIN-ECKART, unterschrieben worden war. (LOEDEL ist nunmehr aus der NSDAP ausgeschlossen.) LOEDEL gab an, er sei als Spitzel zugunsten der NS beschäftigt gewesen. DU MOULIN-ECKART habe so drum herum geredet, LOEDEL solle den Münchener SPD-Führer AUER aushorchen und AUER Material über die KP anbieten. LOEDEL habe das für unzweckmäßig gehalten. DU MOULIN-ECKART habe dann geäußert, LOEDEL würde schon etwas anderes finden. Daraufhin habe er, LOEDEL, jene Liste angefertigt. Die Namen habe er im Kasino des Braunen Hauses und in einer kommunistischen Wirtschaft erfahren. — Auf die Frage des Gerichts-Vorsitzenden, ob LOEDEL je im Braunen Hause eine Schwarze Liste gesehen habe, antwortete LOEDEL, daran könne er sich nicht mehr erinnern. Er sei wegen einer anderen Sache von 18 SA-Männern verprügelt worden und habe dabei eine Verletzung erlitten, wegen der er sich vielleicht nicht mehr an solche Listen erinnern könne. (Der Vorsitzende fand diese Erklärung wenig glaubhaft. Wir verstehen.) — LOEDEL gab bei dieser Gelegenheit zu, im Verein mit zwei anderen NS den Redaktionsbriefkasten der „Münchener Post" erbrochen zu haben. Er habe die erbeuteten 20 Briefe an DU MOULIN-ECKART weitergegeben.

Graf DU MOULIN-ECKART, der sich bewogen fühlte, erst am letzten Verhandlungstage zu erscheinen, erklärte, er habe keinen direkten (!) Auftrag gegeben, den Briefkasten zu erbrechen; er habe lediglich gesagt, man möchte doch sehen, daß die Uebermittler von NS-Nachrichten an die „Münchener Post" auf Grund von Briefen festgestellt würden. — Er habe im Braunen Hause keine „Schwarzen Listen" gesehen. Von der Partei wisse er nichts, das Braune Haus sei groß. (GRUBERS Verteidiger erklärte diese Formulierung für sehr sonderbar. Darauf der NS-Anwalt FRANK II höhnisch: „Er drückt sich eben vorsichtig aus!")

Eine andere vornehme Persönlichkeit, der nationalsozialistische Prinz zu WALDECK UND PYRMONT, Oberleutnant a. D., gab an, im Braunen Hause habe es keinen geheimen Nachrichtendienst gegeben, aber selbstverständlich wolle die Partei wissen, was der Gegner treibe. Ueber LOEDELS Mißhandlung äußerte er gnädig, die Sache sei wohl nicht so schlimm gewesen zu sein. (Inzwischen hat ja SEVERING einiges festgestellt über die Frage des geheimen Nachrichtendienstes.)

Kaufmann LINDNER, SS-Adjutant, berichtete, er habe einmal die Anregung gegeben, die Adressen der gegnerischen Führer zu sammeln, damit man sie — zu einer Aussprache laden könne. Konsul ROLF REINER meinte, daß es sich bei der in Frage stehenden Liste um eine Besuchsliste handle. (Wie solche Aussprachen und Besuche aussehen, das konnte AUER erzählen, dessen Frau, Töchter und Enkelkind beim HITLER-Putsch 1923 in der Wohnung besucht und mißhandelt worden waren.)

GRUBERS Verteidiger erinnerte an den Befehl des NS-Hauptmannes GÖRING aus dem Jahre 1923, in dem es heißt, daß die Führer die Pflicht hätten, sich jetzt schon die Persönlichkeiten auszusuchen, deren Beseitigung notwendig sei. Darauf FRANK II: „Die NSDAP besteht erst seit 16. Februar 1925"!

Der Schriftleiter der „Münchener Post" wurde dann wegen eines fortgesetzten Vergehens der üblen Nachrede zur Geldstrafe von 2000 Mark (ersatzweise zu 40 Tagen Gefängnis) verurteilt. Die Behauptung, im Braunen Hause würden „Schwarze Listen" geführt, sei nicht erwiesen worden. Immerhin müsse dem Angeklagten Gutgläubigkeit zugebilligt werden, weshalb auf keine Gefängnisstrafe erkannt werde. H. Lt.

Hitlers Finanzen.

Die Zeitschrift „Heimat und Volk" stellt die folgende interessante Berechnung an:

Den Monatsetat der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat erst jüngst ein völkisches Organ auf fünf Millionen angegeben. Der größte Teil dieser Summe fließt an die SA, von der etwa 300 000 Mann besoldet werden. Legen wir die von der völkischen Presse als Monatsetat angegebenen 5 Millionen Mark zugrunde und fragen wir uns, wie diese Summe gedeckt wird. Die NSDAP hat an Einnahmen pro Monat durch Mitgliedsbeiträge für 700 000 Mitglieder 700 000 Mark. Rechnet man, daß die NSDAP an den Versammlungen Ueberschüsse hat, so darf man bei Berücksichtigung der Saalmieten, Plakatdruck usw. diesen Versammlungsüberschuß höchstens auf 400 000 Mark schätzen, das macht an nachweisbaren Einnahmen 1 100 000 Mark. Diese Rechnung ist außerordentlich günstig, wenn man bedenkt, daß die Sozialdemokratische Partei, die 400 000 Mitglieder mehr hat, 1930 im ganzen Jahr 3 230 000 Mark eingenommen hat. Es verbliebe also aufzuklären, von welcher Seite die NSDAP mit monatlich 3,9 Millionen Mark subventioniert wird. Diese Aufklärung über die Subventionen ist heute mehr denn je ein dringendes Erfordernis. Das Volk muß doch schließlich und endlich wissen, für wen HITLER eigentlich gegen das herrschende System kämpft.

•

Das läßt sich leicht denken: Für die, die ihm die 3,9 Millionen monatlich geben. Die Arbeiter können das nicht sein.

Der Regierungsrat als Wohltäter.

HITLER hat durch seinen Rechtsanwalt einige „Lügen" berichtigen lassen, auf die wir hier nicht näher eingehen, weil sie so unbestimmt sind, daß politische Menschen damit nichts anfangen können. Hier nur eine dieser Berichtigungen, aus der hervorgeht, wer alles dazu beiträgt, HITLERS Wahlpropaganda zu bezahlen:

„Es ist unwahr, daß ich außerdem noch das Gehalt eines Regierungsrates beziehe. Wahr ist, daß ich mit Rücksicht auf mein persönliches Einkommen als freier Schriftsteller mein gesamtes Gehalt als Regierungsrat laufend schon bisher und auch für alle Zukunft der braunschweigischen Staatsbank zur Verteilung an ausgesteuerte Erwerbslose überweisen ließ und lasse. Die Verteilung besorgt ein von der braunschweigischen Regierung anerkanntes Komitee. Vorstehende eidesstattliche Versicherung gebe ich ab in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen bei der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung.

Nürnberg, 7. April 1932.

gez.: ADOLF HITLER."

•

Zu der Tollheit, daß ein zugelaufener Ausländer aus Reklamegründen und auf eine Weise, die anderen Staatsbürgern nicht offensteht, deutscher Staatsangehöriger geworden ist, brauchen wir hier nichts mehr zu sagen. Hier ist nur interessant, daß zur Bezahlung dieses Menschen, der niemals auch nur eine Stunde Dienst getan hat, der auch für dieses Amt, etwa für die Vorbereitung dazu, niemals Aufwendungen gemacht hat, das Gehalt eines Regierungsrates zur Verfügung gestellt wird. Wenn die braunschweigische Regierung schon Geld in derartigen Mengen zu verjuxen hat, dann könnte sie es direkt an die Erwerbslosen geben, statt HITLER mit dem Geld braunschweigischer Steuerzahler für seine Horden Reklame machen zu lassen.

Interfraktionelle Verhandlungen im preußischen Landtag.

Aenderung der Geschäftsordnung.

Berlin, 7. April.

Die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien, die am Donnerstag nachmittag in Anwesenheit des preußischen Ministerpräsidenten BRAUN im preußischen Landtag stattfand, dauerte etwa zwei Stunden. Ueber den Verlauf der Sitzung wird strengstes Stillschweigen gewahrt. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Frage einer von den Regierungsparteien beabsichtigten Aenderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten behandelt worden ist. Es soll darüber gesprochen worden sein, ob der Landtag mit Ablauf der Wahlperiode am 20. Mai ein normales Ende finden, oder ob er zu einem früheren Termin aufgelöst werden soll.

Die Besprechungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Zollkämpfe.

Die englischen Kohlenherren gegen deutsche Einfuhrbeschränkung.

m London, 7. April.

Auf der am Mittwoch stattgefundenen Sitzung der englischen Kohlenbergwerksbesitzer wurde die Entschließung gefaßt, „bei der englischen Regierung scharfe Vorstellungen bezüglich des Schadens zu erheben, den der englische Kohlenausfuhrhandel durch das Vorgehen der deutschen Regierung erleidet". In einer erläuternden Erklärung wird ausgeführt, daß, seitdem die deutschen Einfuhrbeschränkungen Wirklichkeit geworden sind, bereits zwei Monate vergangen seien. Die englische Regierung müsse deshalb dringend aufgefordert werden, keine weiteren Verzögerungen eintreten zu lassen und die geeigneten, im Zolleinfuhrgesetz vorgesehenen Gegenmaßnahmen (hundertprozentige Sonderzölle) in Anwendung zu bringen, „um damit den Grundsatz durchzuführen, daß ein Land, das englische Waren von seinem Gebiet ausschließe, die gleiche Behandlung für seine Waren auf dem britischen Markt erwarten kann".

Tardieu im Rundfunk.

k Paris, 8. April.

Ministerpräsident TARDIEU wird heute (Freitag) abend im Rundfunk eine große Rede in englischer Sprache halten, die in erster Linie für Amerika bestimmt ist. TARDIEU hat die Absicht, die Beschuldigung zurückzuweisen, die man amerikanischerseits gegen das französische Kontingentierungssystem erhebt und die ihren Höhepunkt in der sehr energischen Entschließung der Pariser amerikanischen Handelskammer gefunden hat, worin die amerikanische Regierung aufgefordert wird, Vergeltungsmaßregeln zu ergreifen.

Es gärt weiter in Spanien.

g Madrid, 7. April.

Streikende Landarbeiter haben in der Provinz Cádiz einen Autobus beschossen. Drei Personen wurden verwundet. Infanterie ist zur Niederhaltung der Streikenden eingetroffen.

Die ersten Tage der Donaukonferenz in London haben keinerlei Fortschritte in der Verständigung gebracht. Der französische und der deutsche Vertreter haben ihren Standpunkt klargelegt; wie verlautet, soll GRANDI einen Kompromißvorschlag ausarbeiten. Die nächste Vollkonferenz findet am Freitag vormittag statt.

Chinesisches Dementi. Die chinesische Botschaft läßt die Meldung dementieren, daß zwischen der 19. Armee und der 47. Division Kämpfe stattgefunden haben. Im allgemeinen ist bei solchen strikt einander widersprechenden Meldungen keine ganz wahr. Wir warten also Bestätigungen ab.

Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, hat „Graf Zeppelin" auf seiner zweiten Südamerikafahrt am Donnerstag morgen, 10.50 Uhr MEZ., den Aequator passiert.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(82. Fortsetzung.)

Rhée sieht für die Länge eines Atemzuges einen gütevollen Funken in den grauen Stahlaugen des Mannes aufleuchten. Um dieses Güteblickes willen hat sie ihn ja geliebt! Jetzt kann sie den Strahl seiner Menschenwärme nicht ertragen. Mitleid, das ihr Weibtum entbehrt! Brosamen sind Beschimpfung für Rhée Landrux . . .

„Für uns beide ist kein Raum in Frankreich . . .!" Sie schleudert ihr dunkles Erleben wie einen Feuerstrahl aus sich heraus. Sie stößt die blonde Germaine zurück, reißt die Tür auf. Gellend läuft ihre Stimme an den Wänden der Gänge hin, hinweg über die Haufen der Verstörten, die zwischen Soldaten geklemmt auf Rettung oder Tod warten.

„Brüder, rächt euch! Brandt hat euch verraten! Er hat die Italiener auf euch gehetzt! Ihr sollt verrecken, und er sitzt drinnen im Ministersessel und hat die Geliebte auf dem Schoß! Brüder, rächt euch! Ehe ihr vom Giftgas gefressen werdet! Nieder mit dem Verräter Brandt! Er hat den Krieg gemacht . . .!"

Hemmungslos brechen Urtriebe aus dem Dickicht. Ehe die geschundenen Kreaturen verrecken, wollen sie andere verrecken sehen! Rachegier flammt auf. Brandt hat den Krieg gemacht! Wenn man ihn totschlägt, wird Krieg und Elend zu Ende sein! Weiter können die armseligen Gehirne in dieser Sekunde nicht denken. Der Rest ihrer Logik schießt in Arme und Beine. Schüsse aus Gewehren, Revolvern. Getöse berstender Handgranaten. Tierhaftes Geheul.

Drinnen im Zimmer steht Brandt mit steifem Rücken. Germaine küßt fassungslos sein Haar, seine Hände. Er fühlt nicht die Küsse der geliebten Frau. Er fühlt, wie der Boden unter seinen Füßen aufbricht. Sekunden weiten sich ihm zur Ewigkeit. Er weiß, daß es jetzt dunkel und unabwendbar auf ihn zustürmt . . .

Die Tür kracht aus den Angeln.

Menschenfratzen umrasen den Aufrechtstehenden. Tierlaute hacken in seine Ohren. Schwarze Dunkelheit umkrallt ihn.

Zwei Frauenarme verwachsen mit seinen Schultern. Ein Frauenmund saugt sich an seinem Hals fest. Ist es Germaine oder die rote Bestie, die ihm das Blut aus den Poren zieht . . .

Er fühlt nur die zwei bärtigen Männerkehlen, die unter seinen eingekrampften Fingern verröcheln.

In sein Handgelenk verbeißen sich scharfe Raubtierzähne.

Auf seinen Hinterkopf hämmert erbarmungslos ein kantiges Eisending.

Léon Brandt ist in die Knie gestürzt. Atem von Raubtieren kocht ihm entgegen. Schreie toben gegen sein Trommelfell.

Das Denken verrinnt in seinem blutenden Kopf.

Stampfende Masse mahlt über seinem Körper.

Er fühlt sich hinsinken ins Bodenlose, in ein seliges Nichts sich auflösen.

Sein aufgeklappter Mund lächelt ein erdfernes Lächeln.

Ueber die zertrampelten Leiber des französischen Ministerpräsidenten und der unschuldigen Germaine rollt die Brandung des Hasses weiter.

Morden, bevor man selbst gemordet wird!

Die vier Soldaten, die das Zimmer der gefangenen fünfzehn Minister bewachen, leisten keinen Widerstand. Mordlust brennt auch in ihren Augen. Rhée entreißt ihnen die Handgranaten. Die Tür fliegt auf. Humette wirft sich der Horde entgegen. Zwei Handgranaten sausen an ihm vorbei. Dröhnend fahren sie an die Wand und unter den Beratungstisch. Saint Brice sieht noch, wie die Rothaarige die Tür zuschlägt. Zwei Sekunden Henkersfrist — zwei gräßliche Detonationen. Feuer und Eisen prasseln über die fünfzehn Gefangenen.

Quer vor der Türschwelle liegt Saint Brice mit zerfetztem Rücken. Durch sein verlöschendes Gehirn irrt ein verspäteter Hilferuf: Gott schütze Frankreich . . .! — Der Kopf des Kriegsministers hängt zwischen zwei Stuhlbeinen, drei Schritte abseits vom Rumpf.

Paris bebt unter Geschützdonner. Die Flakbatterien auf den vorgeschobenen Forts toben, Granaten durchheulen die Luft. Die Lichtspurmunition zeichnet glühende Schlangen an den Himmel. Propeller rauschen. Motoren hämmern.

Aus dem Menschenpferch Paris stöhnt und betet und flucht es zu den mondhellen Wolken hinauf.

Bombengeschwader über Paris.

Kreaturen der Erde, die mit ihren Masken wie ein Heer von Tauchern oder sagenhaften Fabelwesen aussehen, saugen aus Blechbehältern Sauerstoff und Leben.

Riesenscheinwerfer brennen ins Himmelsgewölbe hinein. Die grellen Lichtkegel machen Mond und Sterne glanzlos. Die Abwehrbatterien speien brüllend ihren Stahlregen gegen die Angreifer, die sich in dreitausend, fünftausend, siebentausend Meter Höhe halten. Die sechzehn Bombenflieger und dreißig Kampfflieger sind für die Flakbatterien als graue Punkte höchsten zu ahnen.

Stürzte ein Stück Himmel auf Paris? Es klang, als sei die Erdoberfläche gerissen. Die furchtbaren Detonationen pflanzten sich wie Donner von Osten her gegen das Zentrum der Stadt fort. Ehe die Donner noch ausrollen, erfolgen sieben neue Detonationen.

Drei Bomben sind zwischen dem Père Lachaise und der Seine niedergesaust. Eine Bombe schlug mitten in einen Fleischklumpen, der sich bei der Place Voltaire angestaut hatte. Vier Mietshäuser in der Rue du Faubourg St. Antoine zerspellten wie Pappschachteln. Eine Bombe zersplitterte den Pont d'Austerlitz, unter dem ein kleiner Seinedampfer Zuflucht gesucht hatte. Drei Bomben fielen aufs Palais Royal.

Paris hallt wider vom Schrei menschlichen Schlachtviehes. Das Stadtviertel zwischen Börse und Tuilerien verwandelt sich in ein Schlachtfeld. Gebrüll erfüllt die Nacht. Paris wird lodernder Krater. Bombe auf Bombe fährt krachend in das Meer von Stein und Fleisch.

(Schluß folgt.)

Das Nazi-Musterland.

Braunschweiger Brief.

R. O. Braunschweig, 6. April.

Am Freitag nach Ostern trafen sich der Reichsinnenminister GROENER und der deutschnationale Ministerkollege des Herrn KLAGGES, Herr KÜCHENTHAL, in Harzburg, um sich in „freundschaftlicher" Weise über die Dinge zu unterhalten, die „von der Linkspresse der Wahrheit zuwider" über Braunschweig berichtet sein sollen. Der amtliche Bericht der braunschweigischen Regierung sprach von einer „völligen Uebereinstimmung" zwischen KÜCHENTHAL und GROENER. *Worin* beide übereinstimmten, ist amtlich nicht gemeldet worden. Herr KÜCHENTHAL hat aber in einer interfraktionellen Besprechung der in der Regierung vertretenen Parteien berichtet, daß er Herrn GROENER gegenüber die Behauptungen über Terrorakte der NS, über illegale Formationen der NS, über die Auflösung des Polizeibeamtenverbandes u. s. w., richtiggestellt habe.

Es scheint so zu sein, daß KÜCHENTHAL Herrn GROENER in „freundschaftlicher" Weise so „informiert" hat, daß dieser glaubt, in Braunschweig sei alles in Ordnung. Leute, die sich von nationalsozialistischen Ministern und ihren Freunden nichts vorschwatzen lassen, sondern — aus Erfahrungen mit ihnen gewitzigt — nur noch ihren eigenen Augen trauen (z. B. die Braunschweiger Bevölkerung, soweit sie nicht dem nationalsozialistischen Irrsinn hoffnungslos verfallen ist, oder der Korrespondent des „Manchester Guardian", der über die Terror-Herrschaft der NS in Braunschweig aus eigener Anschauung berichtet hat) — alle diese Leute sind anderer Meinung als KÜCHENTHAL und GROENER.

*

In Braunschweig werden keine Terrorakte verübt? — Nur einige Fälle aus den jüngsten Tagen:

1. *Harzburg.* Zwei Tage nach dem Aufenthalt der beiden Minister in diesem Ort greifen NS auf dem Bahnhofsplatz einen Werbeumzug der „Eisernen Front" an. Mehrere Mitglieder des „Reichsbanners" und der SAJ und ein Arbeiter-Samariter werden verletzt. Die Polizei kümmert sich trotz der Aufforderungen nicht um die Feststellung der Täter, ja, sie nimmt diesen noch nicht einmal die Schlagwerkzeuge ab.

2. *Kreiensen.* Dort ist eine SA-Schule eingerichtet worden, die seit ihrem Bestehen die Bevölkerung der Umgebung in Aufregung versetzt.

Eines Tages stürmen die SA-Banditen das Haus des Konsum-Lagerhalters. Das Haus wird arg mitgenommen, viele an der Schlägerei beteiligte Personen werden verletzt. Die Bitte der Bevölkerung um Stationierung eines Polizeitrupps in Kreiensen wird vom Kreisdirektor mit dem Bemerken abgelehnt, daß die Fenster durch Vorsetzen von Brettern gesichert werden könnten.

Am Abend des ersten Ostertages stürmt das SA-Ueberfallkommando das Arbeiterverkehrslokal in *Ahlshausen*, in das zwei Arbeiter vor prügelnden NS geflohen waren. Im Haus wird alles kurz und klein geschlagen. Viele Einwohner der Ortschaft werden verletzt, einem Arbeiter wird der Unterarm gebrochen. Allerdings bleibt auch der Führer des NS-Ueberfallkommandos schwer verletzt auf dem Platze liegen. Die Landjäger erscheinen erst, als alles längst vorbei ist. Sie nehmen weder den Tatort in Augenschein, noch vernehmen sie die Angegriffenen und die von den NS Verletzten.

Bezeichnend für die Unsicherheit in Kreiensen und in der Umgebung des Ortes sind die Tatsachen, daß Eisenbahnbeamte wegen der Bedrohungen durch die NS eine Beschwerde an die Reichsbahndirektion geschickt haben, und daß in der benachbarten preußischen Stadt Einbeck seit einigen Tagen ein Ueberfallkommando der Polizei stationiert ist, um die Ueberfälle der NS-Banditen auf preußische Ortschaften abzuwehren.

3. *Braunschweig.* Ueber Terrorakte der NS in der Stadt Braunschweig ist schon oft im „Funken" berichtet worden. Es vergeht fast kein Abend, an dem Arbeiter nicht überfallen werden, wobei die Ueberfallwagen der NS (einer mit der Nummer B 13 843) eine wichtige Rolle spielen. Die Polizeibeamten sehen in der Regel tatenlos zu und lassen es sich sogar gefallen, wenn sie von HITLER-Jünglingen beschimpft und mit einer Anzeige bei KLAGGES bedroht werden. Es ist nur zu wahr, was im „Manchester Guardian" über Braunschweig geschrieben worden ist:

„Würden die Kommunisten nur einen Bruchteil von dem tun, was sich die Nazis in Braunschweig erlauben, so würde die Strafe eine sofortige und drastische sein. Uniformen, Lastautos und Kasernen würden über Nacht verschwinden..."

Nicht umsonst hat jetzt die Ortsleitung der „Eisernen Front" dem Polizeipräsidium gemeldet, daß sie drei Schnellastwagen zu bemannen gedenkt, damit in Zukunft Ausschreitungen des nationalsozialistischen Ueberfallkommandos unterbleiben. Wir stehen in Braunschweig mitten im Bürgerkrieg. Aber wer kann es den Arbeitern verübeln, wenn sie sich endlich aufraffen und sich gegen den Nazi-Terror wehren? Hat doch, wie der „Vorwärts" erfährt, sogar der bayerische Innenminister SRÜTZEL (der der Bayerischen Volkspartei angehört), und der gewiß kommunistischen Neigungen fernsteht, im bayerischen Landtag erklärt: „Als Polizeiminister müsse er öffentlich aussprechen, daß es besser wäre, wenn ein großer Teil der Bevölkerung nicht immer nach der Polizei rufe, sondern selbst durch bestimmte und unerschrockene Maßnahmen, also durch ein gewisses Maß von Zivilcourage die neumodischen und undeutschen Kampfsitten des Rechtsradikalismus zurückweise."

Freilich bedeutet auch dies den Bürgerkrieg!

*

Wie steht es um das Verbot des Polizeibeamtenverbandes? Vor etwa drei Monaten verfügte KLAGGES, daß Polizeibeamte nicht mehr Mitglieder des Polizeibeamtenverbandes sein dürfen, da dieser marxistischen Einflüssen unterworfen sei. Dieser Willkürakt ist weder von KLAGGES noch von GROENER inzwischen zurückgenommen worden. Fast alle Polizeibeamten sind — um nicht des Dienstes enthoben zu werden — aus dem Verband ausgetreten. Gegen den Polizeimeister, der seinen Austritt aus dem Verband, dessen Vorsitzender er ist, nicht vollzogen hat, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden mit dem Ziel auf Entfernung aus der Polizei. Im übrigen werden die Polizeibeamten, die nicht Mitglieder der nationalsozialistischen Polizeibeamtenorganisation oder wenigstens Sympathisierende sind, systematisch schikaniert. Ebenso ergeht es den Polizeischülern.

*

So sieht es trotz aller Berichtigungen des Herrn KÜCHENTHAL in Braunschweig aus. Bleibt nur die Frage: Wann wird Herr GROENER sich nicht mehr durch Nazis und deren Kumpane informieren lassen? Wann endlich wird er sich an den *Tatsachen* orientieren? Und da er das offenbar nicht *kann*, denn daß er es bloß nicht *wollte*, nehmen wir nicht an, soll er seinen Posten Leuten geben, die die Augen aufmachen können.

Die beiden Helden.

Held „sprach scharf" und — trifft bescheidene Maßnahmen gegen NS.

w München, 7. April.

Im bayerischen Landtag sprach Ministerpräsident HELD scharf gegen die NS. Er erinnerte an das vor einigen Tagen amtlich veröffentlichte Material. (Es handelt sich um ähnliches, wenn auch nicht so beweiskräftiges Material wie das von SEVERING für Preußen zusammengestellte. Red.)

„Eigentlich", so fuhr der Ministerpräsident fort, „hätte ich in diese Dinge schon längst hineinleuchten sollen. Ich habe bisher eine große Langmut an den Tag gelegt. Die Dinge sind aber unhaltbar geworden. Die Zahl der Briefe steigt, die an mich gekommen ist und worin es heißt, daß sich kein Mensch über die Straße traut, daß sich keiner mehr traut, seine Meinung in der Oeffentlichkeit zu sagen, daß man gesellschaftlich und geschäftlich boykottiert wird, ja, das Wort vom ‚Köpferollen' wird draußen den Leuten jeden Tag vorgehalten." Der Ministerpräsident versicherte, er werde dafür sorgen, daß der Terror beseitigt werde.

w München, 7. April.

Entsprechend den Ankündigungen des bayerischen Innenministers in der Landtagssitzung von heute wird nunmehr amtlich mitgeteilt, daß in der Zeit vom 9. bis 11. April das Zusammenziehen und Zusammenhalten von Alarmbereitschaften von Mitgliedern politischer Vereinigungen für das ganze Staatsgebiet Bayern verboten sind.

*

Glaubt HELD, mit dieser Maßnahme für drei Tage sein im Landtag gegebenes Versprechen eingelöst zu haben? Die einleitende Redensart der Meldung deutet darauf hin.

Und Severing — ist ebenso bescheiden.

h Berlin, 7. April.

SEVERING hat zum 2. Wahlgang für die Polizei angeordnet: Alarmierenden und einschüchternden Gerüchten über angeblich geplante politische Gewalttätigkeiten müsse die Polizei im Bewußtsein ihrer überlegenen und jeder Aufgabe gewachsenen Macht beruhigend entgegentreten. Friedliche Versammlungen gesinnungsmäßig verbundener Bürger am Wahltage selber, insbesondere zum Unterrichten über die Wahlergebnisse, sollten in keiner Weise gehindert werden. Dagegen hätten sich Ansammlungen, namentlich von ortsfremden Personen und in militärähnlichen Formen, besonders in Vorstädten und auf dem flachen Lande, als Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erwiesen. Solche sogenannten Alarmbereitschaften seien unter keinen Umständen zu dulden.

*

Nein, diese Hüter der Republik sind beide keine Gegner, wie sie hier erforderlich wären! Sie schütteln und schütteln den Gegner — dann lassen sie ihn los!

Berichtigung: **In dem Artikel „Die zwei Programme der NS" sind infolge eines Versehens zwei Ueberschriften vertauscht worden. Wir nehmen an, daß unsere Leser bereits herausgefunden haben, welches Programm „für den Massengebrauch" und welches „zum Gebrauch der Wirtschaftsführer" bestimmt war.**

Aus der „Volksgemeinschaft".

Henschels ziehen um.

W. M. Wir berichteten bereits früher, daß die Witwe des Lokomotivfabrikanten HENSCHEL unter Mitnahme von 22 Möbelwagen Inventar und ihres Vermögens ausgewandert ist und in einem lieblichen Tal der Schweiz eine neue Heimat in Gestalt einer neu errichteten Villa gefunden hat. Diese arme Auswanderin, eine Generalstochter — von der man sich erzählt, daß sie sich in der Schweiz mit einem französischen Offizier wieder verheiraten wird —, bewohnte in Kassel eine Villa, die vor dem Kriege mit einem Aufwand von mehreren Millionen errichtet wurde. Diese Villa wird jetzt niedergelegt. Ein in der heutigen Zeit gewiß seltener Fall. Aber was machen diese Stützen der deutschen Gesellschaft nicht alles, um keine Steuern bezahlen zu müssen. Und das in Deutschland aus Arbeiterschweiß gewonnene Geld läßt sich in der Schweiz anscheinend besser ausgeben, wenigstens haben die Betreffenden dort wohl nicht das unangenehme Gefühl einer Verantwortung für die ausgesogenen Proleten. Die Verantwortung wälzt Frau HENSCHEL von sich ab, indem sie der Winterhilfe 5000 Mark stiftete. Mehr ins Gewicht fällt allerdings bei dieser Spende die Tatsache, daß selbst bei sonst guten Bürgern der Ruf dieser dem Vorstand des vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz angehörenden Frau in die Brüche gehen wollte. Im übrigen muß das sonst von diesen kapitalistischen Ausbeutern viel angefeindete Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt der Stadt die ohne Arbeit und Verdienst zurückgelassenen Arbeiter, die den Reichtum der Familie HENSCHEL mit geschaffen haben, jetzt erhalten. Diese arbeitslosen HENSCHEL-Arbeiter müssen selbst von ihren Pfennigen Steuern zahlen, während Frau HENSCHEL sich und ihr mobiles Vermögen durch Zahlung eines lächerlichen Almosens in der öffentlichen Meinung loskaufen will.

Die jetzt arbeitslosen HENSCHEL-Proleten hatten nun noch einmal Gelegenheit, sich das auf Abbruch verkaufte Luxusheim der Auswanderin von innen zu besehen. Nur allerbestes Material — ein Bad aus einem Marmorblock soll allein 30 000 Mark gekostet haben, kostbarste Holzarbeiten. Alles war nur auf Repräsentation abgestellt, in früheren Zeiten vielleicht in der stillen Hoffnung, daß „ER", der ja auch sein Vaterland unter Mitnahme der angeblich ihm gehörenden Millionen flüchtend verlassen hat, hier einmal für einige Minuten absteigen würde.

Daß auch in den jetzigen Notzeiten die Not in diesem Hause noch nicht eingekehrt war, war auf einem Rundgang in der HENSCHEL-Villa leicht zu erkennen. In den Schränken des Rauchkabinetts lagen noch zahlreiche leere Zigarrenkisten, deren Steuerbanderole darauf hinwies, daß keine Zigarre unter drei Mark das Stück geraucht wurde. Sie *können* aber auch 10 Mark gekostet haben. Eins ist gewiß: daß ein großer Teil der HENSCHEL-Arbeiter einen Tagesverdienst hatte, der niedriger war als eine Zigarre kostete, die man sich in diesem Hause zu Gemüte führte, und daß von diesem Verdienst oft eine ganze Familie leben mußte. Dieses Beispiel mag für den Luxus, der hier getrieben wurde, genügen.

Ich habe mir dieses „Schloß" mit seinen Prunkräumen angesehen. Auch in der Arbeiterschaft ist vielfach die Meinung zu hören, daß dieses Haus hätte erhalten werden müssen, um als Kinderheim oder ähnliches Verwendung zu finden. Ich bin nicht dieser Ansicht, sondern halte es für richtig, daß dieser Bau abgerissen wird. Diese verlogene Pracht hat heut keine Berechtigung mehr, selbst nicht als Museum.

Das ganze Verhalten der steuerflüchtigen Frau HENSCHEL ist nur ein Beweis dafür, daß das Vaterland aller dieser kapitalistischen Ausbeuter der Geldsack ist. Ist dieser in Gefahr, und lassen sich die Arbeiter eines Landes nicht mehr ausbeuten, dann ist es gleich, wie das neue „Vaterland" heißt. Daß es Deutschland sein muß, darauf wird dann kein Wert mehr gelegt, auch wenn man, wie die Firma HENSCHEL, im Weltkrieg Kanonen gebaut hat, um dieses Vaterland vor seinen „Feinden" zu beschützen.

Majestätsbeleidigungs-Prozeß.

Ist dies gleich Wahnsinn, hat es doch Methode!

Der Schah von Persien fühlte sich beleidigt! Deswegen verhandelte das Schöffengericht Berlin-Mitte am Montag gegen den Schriftsteller WEHNER, den Herausgeber einer in persischer Schrift und Sprache erscheinenden Zeitschrift. Mitangeklagt waren: der Geschäftsführer der Druckerei, zwei Redakteure (der kommunistischen Zeitung „Berlin am Morgen" und der „Tribüne") und ein persischer Student.

WEHNER sollte in seiner persischen Zeitschrift in sechs Artikeln, die sich mit des Schahs Vorleben befaßten, diesen beleidigt haben; jedenfalls ließ der Schah durch seinen Berliner Gesandten klagen. Die anderen beiden Berliner Redakteure sollen die Artikel zum Teil abgedruckt haben. Und der Student war der Beihilfe im Interesse WEHNERS angeklagt. Die Beihilfe sollte darin bestehen, daß der Student die Artikel gelesen und Persern davon erzählt hat!

Als der Verteidiger, Rechtsanwalt APFEL, den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen WEHNERS antreten wollte, beantragte Staatsanwaltschaftsrat KREISMANN für die Dauer der ganzen Verhandlung Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen — Gefährdung der Staatssicherheit. Es wäre interessant, zu erfahren, womit er diesen merkwürdigen Zusammenhang begründete; aber das erfuhr man nicht: KREISMANN beantragte, seinen Antrag in nicht-öffentlicher Sitzung begründen zu dürfen, und das Gericht gab seinem Antrag statt. Die Verhandlung wurde dann nicht-öffentlich geführt — unter Zulassung einzelner Pressevertreter. Denen wurde jedoch eröffnet, daß sie über die Vorgänge der Verhandlung zu schweigen hätten (womit ihnen als Pressevertreter wohl gedient war); Uebertretung des Schweigegebots würde streng bestraft werden.

Alle Angeklagten wurden von der Anklage der Beleidigung freigesprochen.

*

Halten wir das Wesentliche fest:

1. Oeffentliche Erörterung des Vorlebens des Schahs von Persien gefährdet die Staatssicherheit in Deutschland.
2. Die öffentliche „Begründung" der Behauptung Nummer 1 ist ebenfalls gefährlich. — Das ist noch verständlich: vielleicht war jene „Begründung" so hahnebüchen, daß ihre öffentliche Bekanntgabe das Ansehen der deutschen Justiz untergraben hätte.
3. Man läßt *Presse*vertreter mit *Schweige*gebot zu einer nicht öffentlichen Verhandlung zu.
4. Der Freispruch ist für das Vorleben des Schahs nicht schmeichelhaft.

*

Das Ganze ist ein Hohn auf die Einfachdenkenden, die meinen, Justiz habe etwas mit Recht und also mit Vernunft zu tun.

DMV Sachsen wegen Streik zu Schadenersatz verurteilt.

Verbindlichkeitserklärung hindert Kampf.

Der „SAZ“ entnehmen wir folgenden Bericht:

„Vor mehr als drei Jahren wurde durch einen Zwangsschiedsspruch den sächsischen Hüttenarbeitern eine skandalöse Verlängerung der Arbeitzeit bei gleichzeitiger Ausdehnung der Sonntagsarbeit zudiktiert. Die Empörung der Hüttenarbeiter war so groß, daß sie dagegen spontan in den Streik traten, und daß auch der Metallarbeiterverband nicht umhin konnte, diesen Streik zu sanktionieren. Der DMV-Vorstand hat zwar versucht, juristisch die Berechtigung dieses Streiks mit angeblichen Unkorrektheiten des Schiedsspruches zu begründen.

Darüber schwebt nun seit Jahren ein umständliches Verfahren vor den verschiedenen Arbeitsgerichten. Selbst das Reichsarbeitsgericht hatte sich schon einmal damit beschäftigt und die Sache an das sächsische Arbeitsgericht zurückverwiesen. Jetzt wird bekannt, daß das sächsische Landesarbeitsgericht am 5. April erneut im Sinne der klagenden Metallindustriellen entschieden und den Geschäftsführer des DMV für den Gau Sachsen zu 10 000 Mark Schadenersatz verurteilt hat. Es ist anzunehmen, daß auch dieses Urteil erneut vor dem Reichsarbeitsgericht angefochten wird.“

*

Diese Erfahrungen zeigen wieder die Dringlichkeit der im „Funken“ mehrfach erhobenen Forderung: Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen. Die Einrichtung der Verbindlichkeitserklärung, gehandhabt von Angestellten des kapitalistischen Staates, bindet die Gewerkschaften an Verpflichtungen, die ihren Kampf einengen. So unterbleibt mancher Kampf, den die Gewerkschaften, ihrer Stärke nach, mit Erfolg würden führen können.

Auch Bayern enthüllt.

Aber keine Aktivität der Behörden.

w **München**, 7. April.

Die amtliche bayerische Pressestelle bringt neue Enthüllungen gegen die NS. Als bemerkenswert teilen wir folgendes mit:

Aufforderung zum Mord. Der Gausturmführer München hat in einer SA-Sitzung erklärt: wenn die NS die Macht übernommen hätten, dann hätte die SA zuerst 24 Stunden Freizeit; **da müsse sich dann jeder SA-Mann den von ihm vornotierten Gegner vorfangen und erledigen.**

Zersetzung der Polizei. In einer Stadt des nordwestlichen Oberfranken sei ein Nationalsozialist an einen Gendarmeriebeamten herangetreten mit dem Ansinnen, sich am nächsten Tag zu einer Besprechung im Parteilokal einzufinden, zu der auch Beamte des Bezirksamts, des Gerichts und anderer Behörden eingeladen seien. Da die Partei in absehbarer Zeit die Macht bekommen werde, müsse sie wissen, wer auf ihrer Seite stehe, und die Anhänger der Partei sollten dann Posten bekommen.

Rüstung zum 13. März. Am Abend des 12. März haben ein Sturmbannerführer und ein SA-Mitglied sich 47 Gewehre verschafft, die sie in einer Mühle in der Oberpfalz lagerten.

Und was tut die Regierung?

Der amtliche Bericht schließt: „Lächerlichkeit tötet vielleicht auch hier.“

*

Diese Saumseligkeit: „Lächerlichkeit tötet vielleicht auch hier“ kann nur entspringen in Köpfen, die mangels eigener Erfahrung keinen Begriff davon haben, was Willensanstrengungen zu leisten vermögen. Die verhängnisvolle Verkennung des *Willens* bei den NS ist auch weitgehend im Lager der Arbeiterschaft vorhanden. Sonst würde längst die Erkenntnis durchgedrungen sein, daß gegenüber diesem Gegner nur die Kampfenergie eines LENIN am Platze ist — „der tötliche Biß“.

Eine peinliche Verwechslung.

H. Lt. Die Nationalsozialisten in Rothenburg ob der Tauber erhielten von ihrer Propaganda-Leitung ein Paket Flugblätter für den ersten Wahlgang. Sie verteilten die Blätter unter die Bauern. Der erwartete Erfolg blieb aus. Das Flugblatt wurde schleunigst wieder eingezogen. Warum? Die NS hatten vorher den Rothenburger Bauern stets die Ueberwindung des Sozialismus nach italienischem Beispiel gepredigt. Auf dem Flugblatt aber stand:

„Der Faschismus in Italien ist trotz aller seiner Vorzüge ein kapitalistisches Gebilde, der Nationalsozialismus dagegen ist ein sozialistisches Gebilde. . . . . Darum sind wir gegen die kapitalistische Ausbeutung, für Beteiligung des Arbeiters am Wirtschaftsgewinn, für Beibehaltung und Erweiterung der Tarifverträge, für die Pensionierung eines jeden Arbeiters, für den sozialistischen Nationalstaat der Deutschen.“

Das Flugblatt war für die Hamburger Hafenarbeiter bestimmt gewesen und nicht für die Rothenburger Bauern! Die NS-Demagogen hatten es verteilt, ohne es vorher gelesen zu haben.

Zur Polizeikontrolle von Flugblättern und Plakaten.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Runderlaß des preußischen Ministers des Innern entnimmt, sind Plakate und Flugblätter nur dann als Druckschriften politischen Inhalts anzusehen und daher vor ihrer Verbreitung der Polizeibehörde zur Kenntnis vorzulegen, wenn ihr Inhalt öffentliche Angelegenheiten des Staates mit dem Willen zur Einwirkung auf die Staatsgeschäfte zum Gegenstand hat. Plakate und Flugblätter, die von den im § 17a des Reichsvereinsgesetzes genannten Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern herausgegeben werden, sind nicht schon deswegen politisch, weil ihr Inhalt und ihr Gegenstand die Oeffentlichkeit interessiert oder weil sie sich auf die wirtschaftlichen Kämpfe (Streiks, Aussperrungen) zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beziehen. Beschränken sie sich auf diese Auseinandersetzungen über rein wirtschaftliche Interessen, so sind sie nicht politisch und unterliegen daher nicht der Vorlagepflicht.

Im Verlag von GEORG STILKE erscheint, herausgegeben von der Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums, das Buch „Preußen 1930, Politik in Stichworten“. Das Werk hat sich die Aufgabe gestellt, die hauptsächlichsten Fragen und Streitpunkte, die in der gegenwärtigen preußischen Politik und damit auch während des Wahlkampfes eine nicht geringe Rolle spielen, knapp und übersichtlich darzustellen. Es wird damit, fußend auf den Angaben der preußischen Zentralbehörden, mehr oder weniger zu einem Rechenschaftsbericht der bisherigen preußischen Regierungskoalition.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 8. April.

Berlin:

18.05 Das neue Buch: Ausländer über Deutschland (KNICKERBOCKER, HAMILTON). (Vergl. dazu: „Das Wunder von Falkenstein“ im „Funken“ Nr. 74 vom 30. März.)

20.00 Dr. WALDECKER: Vom Wesen des Völkerrechts.

Hamburg:

18.30 Werktätige erzählen: Bericht eines Hotelkellners.

Königsberg:

17.50 ANNEMARIE HERING: Mütter, die nur Sonntags Mütter sein dürfen.

Königswusterhausen:

18.30 Dr. GOLDSTEIN: Der Konflikt zwischen der eisenerzeugenden und der eisenverbrauchenden Industrie.

Langenberg:

18.15 Meister der Naturschilderung: M. FARADAY: Aus der Naturgeschichte einer Kerze.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 Meter):

20.00 Sozialversicherung in der Sowjet-Union.

Sonnabend, den 9. April.

Berlin:

18.20 Staatssekretär Dr. STAUDINGER: Die öffentlichen Betriebe in Preußen.

19.15 GOETHE-Lieder von FRANZ SCHUBERT.

Hamburg:

17.30 Dr. LUDWIG KLUEVER: Zolldienst ist Wirtschaftsdienst. (Vergl. dazu: „Internationale Solidarität“ in Nr. 18 des „Funken“.)

18.25 MAX DREWS: Der Verkehr Indiens als nationales Kampfobjekt.

Königsberg:

17.25 Reg.-Rat Dr. KORALLUS: Staat und Kirche.

Wien:

18.45 EUGEN LENNHOFF: Reise durch die deutschen Wahlen.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 Meter):

20.00 Arbeiter- und Bauernmiliz.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

Straß. und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA. Berlin S 14. Inselstr 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:
Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:
Briand.
Aussprüche Briands.

★

FRITZ GROB:
Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

★

WILLI EICHLER:
Arbeiterschaft und Wahlen.
Die Reichspräsidentenwahl
Die Landtagswahlen in Deutschland

★

Zum Nachdenken:
Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

Getrocknete Bananen

sind nahrhaft und billig, als Brotbelag und zum Obst für jung und alt zu verwenden

Postpäckchen
4 Pfd. brutto nur 3 Mark frei Haus nach allen Orten.

Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten

Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guericke-Str. 104.

Elegante und praktische
Herren- und Damenkleidung
nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHEIT
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig.
Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 104, H. r. I

WAHN-EUROPA 1934
Schöner Ganzleinenband. Preis M. 4,80 (oder 8 Wochenraten zu M. 0,60)
A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barcastraße 8. Postscheck: Hamburg 83161

Sprechapparate
Koffer ☐ Schatullen ☐ Schränke
Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen
Otto Pfotenhauer
Weimar, Röbrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Das Zentrum gewinnt an Macht.
Eines Tages wird es seine Rechnung präsentieren.
Rüstet zum Kulturkampf!

Die Schrift:

Rettet die Kinder!

Herausgegeben vom
Sozialistisch-dissidentischen Lehrer-Kampf-Bund
1.—5. Tausend / 32 Seiten / 50 Pf.

gehört zum Rüstzeug der Kirchengegner.

Denn sie vermittelt Kenntnis von kirchlichen Erfolgen und deren Ursachen.

Denn sie bringt Klarheit über die Ziele des Kulturkampfes.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S14, Inselstr. 8a.

Die 5. Ausschußtagung des ADGB.

Kein Auftakt gegen die Lohnabbauwelle.

F. G. Nach dem Bericht der neuesten Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ zu urteilen stand im Mittelpunkt der fünften Ausschußsitzung des ADGB am 22. März das Problem, das die Arbeitslosen für die Gewerkschaften heute darstellen. Der Bericht sagt darüber folgendes:

„Die gewerkschaftliche Betreuung der Arbeitslosen wird noch auf lange Zeit hinaus eine der zentralen Aufgaben der Gewerkschaften sein. Von seiten eines Verbandes war angeregt worden, eine besondere Organisation der Arbeitslosen im Anschluß an die Ortsausschüsse aufzuziehen. Nach Auffassung des Bundesvorstandes kommt eine besondere Organisation der Arbeitslosen nicht in Frage, vielmehr bleibt es Aufgabe der Verbände, die Beitragsbedingungen für ihre arbeitslos wordenden Mitglieder so zu erleichtern, daß sie ihre Mitgliedschaft in den Verbänden aufrechterhalten können. Zur geistigen und materiellen Betreuung der Arbeitslosen bei der Beschaffung von Mitteln und Arbeitsmöglichkeiten leisten die Ortsausschüsse bereits Außerordentliches. Gewerkschaftliche Arbeitslosen-Ausschüsse werden für die zweckmäßige Zusammenfassung der Arbeitslosen zu empfehlen sein. Die Verbindung mit allen Stellen, die sich der Vorsorge für die Arbeitslosen widmen, sollte von den Ortsausschüssen besonders gepflegt werden. Die jugendlichen Arbeitslosen müssen mit besonderer Hingabe betreut werden. Gerade die letztere Aufgabe gehört zu den wichtigsten, vor die die Gewerkschaften gerade in dieser Zeit der Not gestellt sind.

In der Debatte wurde auch von einer Reihe von Verbandsvertretern darauf hingewiesen, das bei Arbeitsanfall sehr häufig eine namentliche Anforderung von Arbeitskräften üblich ist. Gegen diese vom Gesetz zugelassene Praxis wurden Bedenken geltend gemacht, weil dadurch vielfach langfristig Arbeitslosen erschwert wird, wieder in Arbeit zu kommen. Von seiten des Bundesvorstandes wurde hervorgehoben, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf dem Wege des Tarifvertrages möglich ist, durch besondere Bestimmungen über die Benutzung der Arbeitsnachweise eine Aenderung zu erreichen.“

Zunächst: Durch den Schluß dieses Berichts wird die Bedeutung ordentlicher Tarifabschlüsse in der Krise besonders gut beleuchtet. Jedoch steht die Tarifvertragspolitik des Reichsarbeitsministers den gerechten Forderungen der Gewerkschaften entgegen, wie wir verschiedentlich im „Funken“ an den Klagen der Gewerkschaften gezeigt haben. Daran sind die Gewerkschaften nicht unschuldig, da sie sich — diesen Vorwurf müssen wir ihnen immer wieder machen — völlig auf das Wohlwollen des Reichsarbeitsministers verlassen, statt den Weg des Kampfes zu betreten.

Das überzeugendste Beispiel dafür gaben sie beim Berliner Metallarbeiterstreik im Oktober 1930. Der geschlossene Wille der Metallarbeiter verlangte damals die Abwehr des Lohnabbaus durch Streik. Die Gewerkschaften konnten die Eröffnung des Streiks nicht umgehen. Nach zwei Wochen brachen sie diesen Kampf ab, indem sie sich bereiterklärten, einen Schiedsspruch anzuerkennen, der erst noch zu fällen, und über dessen Inhalt nichts festgelegt worden war.

Das ist das Ungeheuerliche an dieser Handlung der Gewerkschaft gewesen, daß sie sich bei *der* Auseinandersetzung, bei der es sich um eine *Generalentscheidung* für die Arbeiter ganz Deutschlands handelte (und wie die folgenden Monate zeigten, nicht nur für Deutschland), daß sie bei dieser Entscheidung sich dem Wohlwollen eines Schlichters empfahl, statt diese Generalentscheidung in einem Kampfe auszutragen, für den sie die Solidarität der ganzen deutschen Arbeiterklasse aufzurufen und einzusetzen gehabt hätte.

Damals gab es 3,2 Millionen Arbeitslose in Deutschland und „nur“ 18 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder waren arbeitslos. Heute haben wir sieben Millionen Arbeitslose und 45 Prozent der Mitglieder sind arbeitslos. Immer wieder weichen die Gewerkschaften dem Kampf aus, immer ungünstiger werden schließlich die Kampfbedingungen für sie.

Der Bericht über die fünfte Ausschußsitzung des ADGB enthält kein Wort darüber, daß die Gewerkschaften jetzt bereit sind, gegen die neue Lohnabbau-Offensive der Unternehmer einen energischen Kampf aufzunehmen. Statt dessen verhandeln sie nur mit dem Reichsarbeitsminister, wie wir bereits berichteten.

Das Problem der Bindung der arbeitslosen Mitglieder an die Gewerkschaften ist auf die Dauer unter solchen Umständen nicht mit Wohltätigkeitsfilmen und Theatervorstellungen der Ortsausschüsse, auch wenn sie auf diesem Gebiet noch so „Außerordentliches“ leisten, nicht zu lösen, das können sich auch die Gewerkschaften heute schon sagen.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“, die wir in Nummer 75 des „Funken“ zitierten, sieht den entscheidenden Punkt gewerkschaftlicher Werbekraft ganz richtig, wenn sie schrieb:

„Die Erfahrungen lehren zur Genüge, daß der Unorganisierte dem Organisationsgedanken um so zugänglicher ist, je mehr die Tätigkeit der Gewerkschaften in die Erscheinung tritt. Er will für seinen Beitrag zur Organisation einen unmittelbaren materiellen Gewinn haben. Die idealen Gesichtspunkte und das allgemeine Ziel der Gewerkschaftsbewegung sind Dinge, die ihn zunächst nicht berühren.“

Die Politik der Gewerkschaften, die heute völlig auf die Erhaltung der Formalität einer Staats*form* gerichtet ist und die Aktivierung der Arbeitermassen zum Kampf für ihre Interessen unterbindet, muß in absehbarer Zeit zu einer Katastrophe für die Gewerkschaften selber werden.

Soll der Krisenkongreß, den wir außerordentlich begrüßen, hier bereits eine Umkehr bedeuten? Soll er mehr sein als eine Demonstration? Soll er eine Aktion der Gewerkschaften einleiten?

Uns erfüllt mit größtem Mißtrauen der unbedeutende Bericht der fünften Ausschußtagung des ADGB, der über die Abwehr der Lohnabbau-Offensive nichts sagt. Der Krisenkongreß kann seinem Arbeitsbeschaffungsprogramm einen kräftigen Nachdruck verleihen, wenn er einen Auftakt zur Abwehr der neuen Lohnabbauwelle gibt. Das wäre für die Arbeiterschaft ein deutlich sichtbares Zeichen, daß er ernst zu nehmen ist und Vertrauen verdient.

Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Der Reden sind genug gewechselt . . .

Am 12. April findet im Reichsarbeitsministerium eine große Aussprache statt zwischen dem Reichsarbeitsministerium, den Schlichtern, den Unternehmern und den Gewerkschaften. Der Gegenstand der Aussprache ist die Klärung der Lohnfrage.

Die Bedeutung dieser Verhandlungen ist dadurch gegeben, daß für Ende April Tarifverträge für 6,6 Millionen Arbeitskräfte ablaufen, von denen bereits bis zum 5. April Lohnverträge für 2,8 Millionen Arbeitskräfte, und Manteltarife für 3,6 Millionen Arbeitskräfte gekündigt sind.

Gekündigt wurden fast restlos die Tarifverträge im Holzgewerbe, in der Bauwirtschaft, in den graphischen Gewerben, in den Gemeindebetrieben, in der Glasindustrie und die übergroße Zahl der Landarbeitertarife. Nicht gekündigt wurden unter anderem die Reichstarife der Eisenbahner, der Post, der Schuhmacher und der Tabakarbeiter. Nicht gekündigt wurden bisher auch die Mehrheit der Lohntarife in der Metallindustrie, Textilindustrie, Nahrungsmittelindustrie, für die Fabrikarbeiter und den Bergbau. Für die Metallindustrie ist allerdings die Sachlage zur Zeit noch nicht übersehbar, weil zahlreiche Lohntarife nur 14tägige Kündigungsfrist vorsehen, so daß weitere Kündigungen zu erwarten sind.

Wie wir schon mehrfach gefordert haben, sollten die Gewerkschaften nicht von vornherein alles für die Entscheidung auf die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium schieben, sondern für eine Abwehrfront der Arbeiterschaft sorgen. Der Krisenkongreß ist dazu die beste Gelegenheit.

Abbruch der Lohnverhandlungen in Kattowitz.

h Kattowitz, 7. April.

Unter Vorsitz des Demobilmachungskommissars fand in Kattowitz eine Verhandlung zur Beilegung des Lohnkonfliktes in den ostoberschlesischen Metallhütten statt. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften lehnten im Hinblick auf die Aushänge vom 4. April in den Betrieben, in denen 12 Prozent Lohnabbau gefordert werden, jegliche Verhandlungen ab. Vorbedingung für weitere Verhandlungen sei die Zurücknahme der Kündigungen. Direktor TARMOWSKI vom Arbeitgeberverband wies auf die kritische Lage in der Metallindustrie hin. Von der Forderung von 12 Prozent Lohnabbau könnten die Arbeitgeber nicht abgehen. Der Demobilmachungskommissar stellte daraufhin fest, daß die Verhandlungen ergebnislos seien. Er behielt sich weitere Schritte zur Beilegung des Konflikts vor. Allem Anschein nach wird in den nächsten Tagen ein außerordentlicher Schlichtungsausschuß zusammentreten.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, 12. April, um 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitler-Gefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

Bezirk Wedding: Mittwoch, 13. April, um 20 Uhr, Gesellschaftshaus Isert, Maxstraße 12. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitler-Gefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir! — Freie Aussprache! Eintritt frei!

Bochum: Dienstag, den 12. April, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung im großen Saal „Zur Vidume“, Dorstener Str. 14, über das Thema: Sturm über Asien. Was geht in China vor?

Hamburg: Donnerstag, den 14. April, 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Zur Hamburger Bürgerschafts-Wahl.

Witten: Mittwoch, den 13. April, um 19.30 Uhr, spricht CHIYIN CHEN, aus Schanghai, in einer öffentlichen Versammlung im großen Saal der Wirtschaft Burchholz, Winkelstr., über das Thema: Sturm über Asien. Was geht in China vor?

Zwickau: Montag, 11. April, 20 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Str. Thema: Arbeiterschaft und Parlamentarismus.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Essen: Sturm über Asien! Wohin treibt China? Ueber dieses Thema spricht die Genossin CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung am Montag, dem 11. April, 20 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Gartke (Siemensplatz). Frei Aussprache. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Köln: Große öffentliche Kundgebung: China blutet! Was tut Europa? Rednerin: Genossin CHIYIN CHEN, Schanghai. Am Samstag, dem 9. April 1932 (20.15 Uhr), im großen Saal der Rheinlandloge, Cäcilienstraße 22 (Nähe Neumarkt). Aussprache! Eintritt 20 Pf. Erwerbslose gegen Ausweis frei. Veranstalter: Internationaler Sozialistischer Kampfbund. Köln, in Gemeinschaft mit der Deutschen Liga für Menschenrechte und der Deutschen Friedensgesellschaft, Köln.

Alexander Stambolijski.

Der bulgarische Bauernführer, ermordet 1923.

IV.

(Fortsetzung des großen Gesprächs mit König FERDINAND, 25. September 1918.)

FERDINAND: „Ihre Sprache ist unerträglich!“

„Aber meine Seele ist liebenswert. Wie die Russen sagen: eine schmutzige Zunge, aber ein goldenes Herz. Bei Ihnen ist es umgekehrt.“

„Ihnen fehlt jede Schmiegsamkeit und Anpassungsfähigkeit — Sie haben sich nicht gebessert.“

„Dafür ist es jetzt zu spät, Majestät, ich bin heraus aus dem Gefängnis. Außerdem finde ich Ihr Urteil falsch: ich habe meinen Willen gehärtet, im Feuer der schwersten Leiden. Ich fühle mich im Vollbesitz meiner Kräfte. Die Ereignisse seit 1912 bestätigen meine geistige Kraft und meinen politischen Scharfblick: während dieser ganzen stürmischen Zeit ist alles, was ich vorausgesehen habe, eingetroffen. Ich lernte Ihre bisherigen Staatsmänner gut kennen und finde bei unparteiischem Vergleich große Vorzüge auf meiner Seite. Daß auch Sie selber von meinen Fähigkeiten überzeugt sind, beweist die Tatsache, daß Sie in dieser Schicksalsstunde zu mir ins Gefängnis geschickt haben, um mir die Macht anzutragen. Ich gestehe gern, daß ich Ihr Talent, die Seele eines Menschen bis auf den Grund zu durchschauen, sehr hoch einschätze, und bin deswegen stolz und froh darüber, daß Sie trotz allem, was bisher zwischen uns vorgefallen ist, mich zum Regieren für fähig halten. — Aber zurück zu dem brennendsten und lebenbewegenden Thema: Was soll *jetzt* geschehen? Ich wiederhole: geben Sie Ihre Zustimmung zum Frieden, Majestät; geben Sie sie rückhaltlos und um jeden Preis; geben Sie sie so schnell wie möglich.“

„Ich gebe sie, ich gab sie .... Ach, wie furchtbar ist meine Lage! Mein ganzes Leben lang war ich den Mittelmächten treu, fest entschlossen, nie mit ihnen zu brechen ...“

„Den Verrat, an den Sie bis gestern nicht einmal denken wollten — heute begehen Sie ihn mit Ihrem Vorschlag eines Sonderfriedens. Ich bin zufrieden mit *Ihrer* Schmiegsamkeit und Anpassungsfähigkeit.“

„Wie furchtbar ist diese Lage!“ (Greift mit der Hand an seinen Kopf und beugt sich über den Tisch.)

Analyse der Lage.

„Der Krieg ist noch nicht zu Ende, Herr STAMBOLIJSKI.“

„Er wird bald zu Ende sein. Bulgarien half ihn verlängern; durch seine Kapitulation wird es jetzt helfen, ihn zu beendigen.“

„Das ist noch eine Frage.“

„Eine Frage mit einer klaren und festen Antwort.“

„Die militärische Macht der Mittelmächte ist noch nicht gebrochen.“

„Sie wird es bald sein. Sie, Majestät, haben bedingungslos an die Kraft Deutschlands geglaubt. Seine Siege und sein Aushalten zeigen, daß Sie ernste Gründe für Ihre Ueberzeugung hatten. Aber wenn ich konsequenter Gegner der Beteiligung Bulgariens am Krieg war, so nicht deswegen, weil ich die Kraft Deutschlands gering eingeschätzt hätte, sondern weil ich die Kraft Englands nicht unterschätzte. Und als Amerika die Beziehungen zu Deutschland abbrach, da habe ich ausgerufen: Sagt es mir, wenn das erste Schiff mit amerikanischen Soldaten in Europa landet, damit ich euch mit beiden Händen den nahen und endgültigen Untergang der Mittelmächte unterschreibe! Außerdem war ich überzeugt, daß Frankreich bis zum letzten Blutstropfen kämpfen wird, weil es nie in breitem Maße die Sympathie der Welt für seine nationale Sache haben wird. Bulgariens heutiges Schicksal stand fest, als es in den Krieg eintrat. Schleunigst muß das Friedensangebot heraus, muß vorbehaltlos, mit reinem Herzen, vertreten werden, so bitter auch die Antwort der Feinde sein mag. Es gibt keinen anderen Ausweg, vergessen Sie das nicht.“

Seine Stunde ist noch nicht gekommen.

„Welche Schritte gedenken Sie im einzelnen zu unternehmen, Majestät?“

„Was ich unternehmen werde? Sagen Sie, was *Sie* denken!“

„Ich hörte von dem Plan einer Kabinettsumbildung. Ich meine, das sollte im Moment nicht geschehen. Nicht etwa, weil ich im Prinzip Gegner einer Umbildung des jetzigen Kabinetts wäre! Aber ich bin überzeugt: sie würde jetzt nicht so ausfallen, wie die Nöte der Gegenwart es fordern: damit ein wahrer Wechsel der Regierung stattfinden kann, wonach das ganze Volk verlangt, hätten die Ereignisse auf Sie einen noch weit stärkeren Druck ausüben müssen. — Außerdem würde ein Kabinettswechsel jetzt die notwendigen raschen Entscheidungen aufhalten: endlose Händel würden einsetzen — die Vertreter der in Frage kommenden Gruppen machen mir einen nachlässigen, leichtsinnigen und schwerfälligen Eindruck.“

„Das Volk will Sie. Aber die heutige Regierung, gestützt auf ausländische Einflüsse ...“

„Ich reiße mich nicht um die Macht, aber die Ereignisse *werden sie mir auferlegen*.“

„Sie sind gegen die Dynastie!“

„Ich bin für die Volksherrschaft.“

„Sie warten nur auf die Gelegenheit, um meine ganze Dynastie zu verjagen!“

„Majestät, die Frage Ihrer und anderer Dynastien besteht allgemein für die neue, jetzt heraufkommende Welt. Wenn die neue Zeit sagen wird: ‚Verjagt die Dynastien!‘, dann werden auch Sie Ihren Weg finden, ohne daß ich ihn Ihnen zu zeigen brauche. Daß dann die Empörung gegen *Sie* elementar losbrechen wird, daran zweifle ich nicht; ob sie sich gegen Ihre ganze Dynastie richten wird, weiß ich nicht. Ich persönlich glaube, daß eine Volksherrschaft auch unter einer Monarchie durchgeführt werden könnte — wie andererseits Autokratie und persönliche Diktatur auch unter einer demokratischen Staatsform gedeihen können. Das beweisen die nord- und mittelamerikanischen Satrapen-Demokratien. Ich wiederhole: gegen die Dynastie an sich und besonders gegen den Thronfolger habe ich nichts. Er genießt größere Sympathie als irgendein anderer bulgarischer Politiker des alten Systems, der in einer neuen Staatsform mit ihm etwa konkurrieren könnte. Bei unserer parteipolitischen Zerrissenheit und der Verderbtheit unserer politischen Gruppen würde ein demokratisches Regime kein sehr rosiges Bild bieten.“

(Schluß folgt.)

Falsche Fragestellung.

Zur Diskussion über Markt- und Planwirtschaft.

„Zurück zum angeblich ‚freien Spiel der Kräfte' (in Wirklichkeit: zu den Fesseln des Monopolkapitalismus mit allen seinen Fehlern im System und der sicheren Wiederkehr solcher Katastrophen) *oder Vorstoß zur Planwirtschaft*, zu einer Regulierung der Produktionsverhältnisse nach gesamtwirtschaftlichen Interessen?"

So schreibt Kollege Otto Suhr, der wirtschaftspolitische Sachverständige des Afa-Bundes in einem Aufsatz im „Freien Angestellten" (Nr. 5, vom 1. März 1932). Und, nachdem er die Schäden der kapitalistischen Marktwirtschaft vorher bereits dargestellt und in der eingeklammerten Erläuterung zu der *angeblich* „freien" kapitalistischen Wirtschaft noch einmal bei der Fragestellung charakterisiert hat, ist die Antwort nicht zweifelhaft:

„Vergesellschaftung der Produktionsmittel!"

Im Leitartikel unserer Nr. 71 hat Rauschenplat die Ausführungen des Kollegen Suhr auf der Tagung des Afa-Bundesausschusses besprochen und die Frage aufgeworfen nach der *Begründung* von Suhrs Behauptung, daß an die Stelle der Konkurrenz eine vom Staat geleitete Planwirtschaft treten müsse. Diese Behauptung ist die schwache Stelle in den wirtschaftspolitischen Erörterungen des Genossen Suhr, die im übrigen das Interesse des Sozialisten verdienen.

Wie begründet Suhr diese Behauptung, die ja das Kernstück des heute von den Gewerkschaften vertretenen Wirtschaftsprogramms darstellt? Er schreibt in dem erwähnten Aufsatz:

„Der kapitalistische Markt der Verkehrswirtschaft hat *versagt*."

Richtig. Doch warum?

„Seine Gesetze sind außer Kurs getreten. Die automatische Lösung der Krisis ist ausgeblieben. . . . Das freie Spiel der Preise funktioniert nicht mehr ohne staatliche Eingriffe."

Leider wird dieser Gedanke nicht weiter verfolgt, wird nicht untersucht, *warum* die automatisch wirkenden Gesetze der Marktwirtschaft außer Kurs getreten sind und das freie Spiel der Preise nicht mehr funktioniert. — Die Tatsachen sind richtig erkannt:

„Der geschmähte Staat hat den Hilferufen der Unternehmer folgen müssen und sich in die Privatwirtschaft eingeschaltet. . . . Der Zins wird durch den Staat reguliert. Die Kreditorganisation ist den immer schwierigeren Aufgaben der Wirtschaft nicht mehr gewachsen, ihr Zusammenbruch wurde nur dadurch verhindert, daß der Staat in der größten Not den Schutz der Großbanken übernahm. Die Landwirtschaft ist nicht einmal durch die großzügigen Subventionen des Staates (für die Großagrarier! W. H.) rentabel gestaltet worden. Der Bergbau erscheint nur rentabel, weil er von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung befreit ist. Die Schiffahrt kämpft erneut um staatliche Subventionen. *Nur auf den Krücken des vielgescholtenen Staates ist der Produktionsapparat heute noch lebensfähig.*"

Richtig. Doch was ergibt sich aus diesen Tatsachen für die Neugestaltung der Wirtschaft? Suhr stellt die Frage entwicklungsgeschichtlich:

„Und was ist das Fazit aus dieser Entwicklung?"

Er gibt die Antwort mit der bekannten marxistisch-entwicklungsgeschichtlichen Schablone, in der Formulierung des Afa-Kongresses zu Leipzig 1931:

„Die Entwicklung der Produktivkräfte hat die gesellschaftliche Ordnung des Kapitalismus gesprengt. Die Gesellschaft hat nun die Aufgabe, der Entwicklung neue Bahnen zu weisen, ihre Macht über die Wirtschaft zu errichten."

Was für eine Macht das ist, eine faschistische oder eine sozialistische, das wird nicht gesagt. Der entwicklungsgläubige Marxist ist Optimist. Weil die historische Entwicklung rein zeitlich gesehen stets vorwärts, nie rückwärts geht, so schließt er, daß die wirtschaftliche Entwicklung von *niederen* zu *höheren* Formen gehen müsse, von der Ausbeutungswirtschaft zur ausbeutungsfreien Wirtschaft. Er sieht, daß der Automatismus der Marktwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten und Jahren immer mehr eingeschränkt worden ist, und schließt daraus

erstens, daß diese Wirtschaft weiter fortschreiten *müsse* bis zur vollständigen Ausschaltung des Marktmechanismus und zur staatlichen Planwirtschaft; er schließt

zweitens, daß die Ersetzung des Marktmechanismus durch staatliche Planwirtschaft ein Fortschritt im sozialen Sinne sei, ein Schritt zur ausbeutungsfreien Wirtschaft, zum Sozialismus.

Dieser zweite Schluß wird gezogen, *obwohl* man feststellen kann, daß jeder Schritt der Konkurrenzbeschränkung durch monopolistische und staatliche Eingriffe — im Interesse der Monopolisten! — den Ausbeutungsgrad verschärft hat. Jener Schluß wurde also nicht auf Grund unvoreingenommener Prüfung der Tatsachen gezogen, sondern er wird *trotz* der offenen Sprache der Tatsachen aus dem marxistischen Entwicklungsdogma gefolgert. Durch dieses Dogma gegenüber der Welt der Tatsachen blind geworden, freut sich der marxistische Nationalökonom über jeden Fortschritt der Verstaatlichung:

„Der einmal gewonnene Einfluß des Reichs auf die Banken darf nicht wieder preisgegeben werden, sondern ist mit dem Ziele der Verstaatlichung des gesamten Kreditwesens auszubauen."

Er glaubt alles, duldet alles, hofft alles:

„Eine solche Kontrolle der Kredite . . . hätte in gewissem Umfange jene Fehlinvestierungen verhindert, die jetzt zu einer Quelle der unglückseligen Krisis geworden sind."

Hat etwa die staatliche Versicherungskontrolle die Fehlinvestierungen im Favag-Konzern verhindert? Und verspricht man sich von einer staatlichen Planwirtschaft im Dienste eines Hitler-Staates einen Fortschritt?

*

Der Aberglaube an die Vorzugswürdigkeit jeder Art von Planwirtschaft gegenüber der Konkurrenzwirtschaft ist von größter Gefahr für das Proletariat und hat mit Sozialismus wahrhaftig nichts zu tun. Das meinte auch Friedrich Engels:

„Es ist . . . neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten . . ., der *jede* Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Haupteisenbahnen selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Hauptbahnlinien Preußens verstaatlichte, einfach um sie für den Kriegsfall besser einrichten und ausnützen zu können, um die Eisenbahnbeamten zum Regierungsstimmvieh zu erziehen und hauptsächlich, um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommensquelle zu verschaffen — so waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt. Sonst wären auch die königliche Seehandlung, die königliche Porzellanmanufaktur und sogar der Kompagnieschneider beim Militär sozialistische Einrichtungen." („Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft.")

Bei der Ersetzung der Marktwirtschaft durch eine staatliche Planwirtschaft muß man also stets *zwei Möglichkeiten* unterscheiden: je nachdem, welcher Art der Staat ist, der die Planwirtschaft beherrscht, wird es sich um eine *kapitalistische oder* eine *sozialistische Planwirtschaft* handeln.

Die wirtschaftliche Entwicklung *muß* aber gar nicht notwendig fortschreiten auf dem Wege der weiteren Ausschaltung des Marktmechanismus bis zur „vollendeten Planwirtschaft, die den ganzen Kreislauf der Wirtschaft nach einem einheitlichen Plan regelt".

Suhr fragt: Zurück zum angeblich „freien Spiel der Kräfte" oder Vorstoß zur Planwirtschaft?

Und er antwortet: zur Planwirtschaft!, weil sich das für ihn von selber versteht. Gründe gibt er nicht an.

Versteht es sich aber tatsächlich von selber? Durchaus nicht! Die staatlichen Eingriffe haben in vielen Fällen — z. B. bei der Wohnungszwangswirtschaft — so versagt, die Großbetriebe haben sich in der Wirtschaft vielfach so schlecht bewährt, daß viele Großbetriebe im Bankwesen, in der Schwerindustrie, in der Schiffahrt, in der Landwirtschaft, längst zusammengebrochen wären, wenn sie nicht durch Subventionen, Zollbegünstigung und andere Staatseingriffe immer wieder gestützt würden.

*

Zurück zum angeblich „freien Spiel der Kräfte"? Warum eigentlich nicht? Wenn auch die angeblich freie Wirtschaft vor dem Kriege schlecht funktioniert hat, wenn sie auch immer wieder zu Krisen geführt hat, sie hat immer noch besser funktioniert als die „planwirtschaftlich" fortgeschrittene Wirtschaft der Nachkriegszeit.

Aber es besteht ja gar nicht nur die von Suhr genannte Wahl: *„angeblich* freies Spiel der Kräfte" oder „Planwirtschaft". Es bleibt noch die Möglichkeit, ein *wirklich* freies Spiel der Kräfte in der Wirtschaft herzustellen: die Gesetze der Marktwirtschaft *wieder* in Kraft zu setzen, wo sie durch den Monopolkapitalismus und die Staatseingriffe beseitigt wurden, ferner: sie da *überhaupt erst* in Kraft zu setzen, wo sie seit Jahrhunderten nicht geherrscht haben, auf dem Arbeitsmarkt, der so lange nicht den Gesetzen der freien Preisbildung gehorcht, wie es — dank der Bodensperre durch das Großgrundeigentum! — eine Reservearmee landflüchtiger Proletarier gibt.

Der Weg zur wahrhaft freien Wirtschaft, *zur sozialistischen Marktwirtschaft*, führt nicht zurück, sondern führt *vorwärts*. Wie man vom heutigen Tiefstand der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Millionenarbeitslosigkeit diesen Weg Schritt für Schritt beschreiten kann, haben wir schon oft hier im „Funken" auseinandergesetzt. Es hält schwer, Verständnis zu erwecken für diesen Weg, weil seit Jahrzehnten marxistischer Dogmenherrschaft die Möglichkeit eines solchen Weges *ausgelöscht* ist im Bewußtsein der Arbeitermassen *und* der Arbeiterführer. Nicht durch Gründe wurde die Möglichkeit der sozialistischen Marktwirtschaft ausgeschlossen, sondern durch die ganze Art der Fragestellung:

Kapitalistische Marktwirtschaft („angeblich freie" Wirtschaft, wie Suhr richtig sagt) *oder sozialistische Planwirtschaft?*

Aber es stehen in Wahrheit nicht nur diese beiden Wirtschaftsformen zur Diskussion, sondern — von den verschiedenen Mischformen und Spielarten abgesehen — folgende vier:

1. kapitalistische Marktwirtschaft,
2. sozialistische Marktwirtschaft,
3. kapitalistische Planwirtschaft,
4. sozialistische Planwirtschaft.

Wer als Sozialist eine ausbeutungsfreie Wirtschaft erstrebt, muß die Wahl treffen zwischen Ziffer 2 und Ziffer 4. Bei dieser Wahl beginnt erst das Für und Wider von Gründen und Gegengründen, beginnt die Diskussion, die die Voraussetzung jeder Verständigung innerhalb der Arbeiterschaft bildet. Die Voraussetzung aber für das Zustandekommen dieser Diskussion liegt in der richtigen Fragestellung, damit die Zahl der möglichen Wirtschaftsformen nicht im voraus eingeengt wird auf Grund eines dogmatischen Vorurteils und damit nicht unter Umständen diejenige Wirtschaftsform übersehen wird, die dem Ideal der Gerechtigkeit am nächsten kommt, die

sozialistische Marktwirtschaft.

Werner Hansen.

Die deutsche Maschinenausfuhr.

Im zweiten Halbjahr 1931 waren im deutschen Maschinenbau durchschnittlich 400 000 Arbeiter beschäftigt. Der Anteil der Ausfuhr an der deutschen Maschinenproduktion betrug 58 bis 60 Prozent. Von den neuen Aufträgen stammten im zweiten Halbjahr 1931 sogar 62 Prozent aus dem Ausland. Die Maschinenausfuhr machte im Jahre 1931 rund 12 Prozent der Gesamtausfuhr aus. Ihre Aufrechterhaltung ist also wichtig für die Erfüllung der deutschen Auslandsverpflichtungen.

Die Aufrechterhaltung der Maschinenausfuhr ist außerdem wichtig für die Gestaltung des Arbeitsmarktes in Deutschland. Denn während des zweiten Halbjahres 1931 waren rund 240 000 Arbeiter für den Maschinenexport beschäftigt.

Unser Schaubild zeigt, daß der größte Teil der Ausfuhr nach Europa geht, und zwar zu einem sehr erheblichen Teil nach der Sowjetunion. Im unteren Teil des Schaubildes wird dargestellt, daß die Ausfuhr seit dem ersten Vierteljahr 1930 stetig zurückgeht — abgesehen von der Ausfuhr nach der Sowjetunion.

Wie wenig aufnahmefähig der Weltmarkt für Maschinen ist, ergibt sich daraus, daß der Maschinenexport aus den Vereinigten Staaten und Großbritannien noch stärker gefallen ist, als der deutsche Maschinenexport. Die deutsche Maschinenproduktion hat eine Stütze insbesondere in den russischen Aufträgen gefunden. Davon, ob weiterhin russische Aufträge in ausreichendem Maße erteilt werden, hängt die Beschäftigung der Arbeiter in der deutschen Maschinenindustrie wesentlich ab.

Rpt.

Arbeitslosigkeit sinkt wenig.

Arbeitslose in Deutschland.

(In Tausenden.)

Monat	1929/30	1930/31	1931/32
Ende Oktober	1557	3252	4623
Ende November	2036	3699	5060
Ende Dezember.	2851	4384	5668
Mitte Januar	3092	4765	5966
Ende Januar	3218	4887	6041
Mitte Februar.	3321	4991	6127
Ende Februar.	3366	4972	6128
Ende März	3041	4744	6031
Ende April	2787	4358	—
Ende Mai	2685	4068	—
Ende Juni	2641	3854	—

Die vorstehende Tabelle, in der wir die soeben bekanntgegebene Zahl für Ende März eingetragen haben, zeigt leider, daß unsere Voraussage vom 9. März (in Nr. 58) leider nur allzu richtig war.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes während des Monats März betrug

im Jahre 1930	325 000
im Jahre 1931	228 000
im Jahre 1932	97 000

Wie wir schon vor einem Monat auseinandergesetzt haben, fehlen die Kräfte, die eine größere Saisonbelebung tragen könnten. Eine fühlbare Besserung des Arbeitsmarktes ist heute nur von wirtschaftspolitischen Eingriffen zu erwarten.

Es wird höchste Zeit, daß der Krisenkongreß der Gewerkschaften zusammentritt und die notwendigen Eingriffe fordert. Wir zitieren noch einmal Leipart: „Es ist keine Zeit mehr zu verlieren." Diese Worte sind am 15. Februar gesprochen worden. Seitdem sind acht Wochen kostbare Zeit verlorengegangen. Wieviel Zeit soll noch ungenutzt verstreichen?

FRANKREICH

Goldbestand: Zum ersten Mal seit Monaten zeigt der Wochenausweis der Bank von Frankreich einen Rückgang des Goldbestandes an. Der Goldbestand ist um 46 Millionen Francs auf 76,8 Milliarden Francs gesunken.

ENGLAND

Zwangskartelle in der Baumwollindustrie? Die englischen Spinnereien haben eine Abstimmung veranstaltet, ob ein Plan über Verkauf und Stillegung überflüssiger Anlagen vorbereitet werden soll. Die Besitzer von 48 Prozent der Spindeln stimmten dafür, von 29 Prozent dagegen; der Rest enthielt sich der Stimme. Obgleich die Befürworter des Planes also keine Mehrheit haben, wird der Plan eines Zwangskartells in Industriekreisen erwogen. Durch ein Zwangskartell würden die kleineren Firmen schwer betroffen werden.